

## Sitzungsunterlagen 2

Vertreterinnen- /  
Vertreterversammlung  
zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten  
zur Bundestagswahl 2017

17. September 2016, Kaiserslautern

# Weitere Organisatorische Hinweise zur Versammlung

Zusätzlich zu den bereits mit der Einladung versendeten Hinweisen, möchten wir euch darüber in Kenntnis setzen, dass an der Vertreter\_innenversammlung eine

**Forschungsgruppe der IParl, Institut für Parlamentarismusforschung,  
unter Leitung von Herrn. Höhne,**

anwesend sein wird und euch eine Fragen zur Wahl und Aufstellung der Bundestagsabgeordneten in unserer Partei stellt.

Da dies auch durch die Bundespartei unterstützt wird, möchten wir euch bitten, die Forscher\_innen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

# Dokumente zur Versammlung

# T01-geändert

## Tagesordnung der

### Besonderen Vertreterinnen- / Vertreterversammlung am 17.9.2016 in Kaiserslautern

Der Landesvorstand schlägt für die Vertreterinnen-/Vertreterversammlung folgende vorläufige Tagesordnung vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Vertreterinnen-/Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017
3. Wahl einer Person zur Versammlungsleitung
4. Wahl einer Person zur Schriftführung
5. Wahl einer Mandatsprüfungskommission zur Feststellung des Wahlrechts der anwesenden Personen
6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
7. Wahl einer Vertrauensperson und einer stellvertretenden Vertrauensperson, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber der Landeswahlleitung berechtigt sind.
8. Wahl von zwei Personen zur Abgabe der Versicherung an Eides statt gegenüber der Landeswahlleitung.
9. Politisches Referat Sevim Dagdelen, MdB
10. Beschlussfassung über den Umfang der Landesliste zur Bundestagswahl 2017.
11. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten inkl. Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten.
12. Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste.
13. Schlussabstimmung / Abstimmung über die gewählte Liste der Kandidatinnen und Kandidaten
14. Schlussworte

Hinweis:

Vorschlag zur Tagesordnung wurde mit der Einberufung und der Einladung bereits versendet

# Übersicht Gremienbesetzung

## Vertreter\_innenversammlung 17.9.2016, Kaiserslautern

An der Anmeldung begrüßten euch (keine Beschlussfassung)

Dave Koch, BKW  
Sebastian Knopf, AzWo  
Carsten Borsette, KL-S  
Markus Westermann, LD

Tagungsleitung:

Stefan Glander, KL  
Erweitertes Präsidium:  
Susanne Kohrs, TR  
Sarah Schwarzrock, MZ  
Jörg Lobach, KH

Schriftführung:

Christian Humm, TR

Mandatsprüfungskommission:

Sebastian Knopf, AzWo  
Hans Werner Jung, BKW  
Kati Penkert, BKW  
Ilka Ferrieres, KL-Land

Wahl- und Zählkommission

Thomas Lutze, Saar  
Renate Zander, NR  
Fritz Eichelhardt, NR  
Uli Lenz, RHL  
Bernd Schwarz, PS  
Carsten Borsette, KL-S  
Dominik Düber, AK  
Gerald Unger, LU  
Ralf Gebhard, PS

Vertrauensperson

Fabian Bauer, LGS

Stellv. Vertrauensperson

Martin Klein, WW

Versicherung an Eides statt

Sebastian Knopf, AzWo  
Regine Holzapfel-Härtel, KL-L

# R01

## Resolution zu TTIP und Ceta

### **CETA und TTIP endgültig stoppen!**

Der Kampf um das CETA-Abkommen zwischen EU und Kanada ist in der entscheidenden Phase angekommen. Noch im September will die EU alles klar machen, um das Abkommen vorläufig anzuwenden. Ende Oktober soll es beim EU-Kanada-Gipfel offiziell unterzeichnet werden. Anfang 2017 könnten all die arbeitnehmerfeindlichen, undemokratischen und umweltschädlichen Regeln in Kraft treten – auch in Deutschland, ohne Zustimmung von Bundestag und Bundesrat!

Merkel, Gabriel & Co. kommt das entgegen. Sie wollen CETA so schnell wie möglich eintüten, dann im Wahlkampf ihre Ruhe haben und sich anschließend voll auf das TTIP-Abkommen mit den USA konzentrieren. Dabei scheut die SPD-Führung nicht davor zurück, die eigene Partei am Nasenring durch die Manege zu ziehen und die Öffentlichkeit bewusst zu täuschen. Wider besseren Wissens behauptet Gabriel, nach Vertragsabschluss durch irgendwelche Erklärungen noch Verbesserungen erzielen zu können. Wenn dem Vertragstext zugestimmt wird, wird CETA jedoch zu einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag. Inhaltliche Änderungen liegen dann nicht mehr in den Händen gewählter Parlamente, sondern in undemokratischen und lobbyfreundlichen Gremien, die durch den Vertragsabschluss überhaupt erst ins Leben gerufen werden.

Da machen wir nicht mit! Nachdem über drei Millionen Menschen die Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterzeichnet und 250.000 Menschen in Berlin auf der Straße waren, finden heute unter dem Motto „CETA und TTIP stoppen – Für einen gerechten Welthandel“ in sieben deutschen Städten erneut Großdemonstrationen statt. DIE LINKE Rheinland-Pfalz versteht sich als Teil dieser Bewegung und erklärt sich mit den Protesten ausdrücklich solidarisch.

Bereits Ende August haben 125.000 Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Klage vor dem Verfassungsgericht gegen die vorläufige Anwendung von CETA erhoben. Zurecht! Die vorläufige Anwendung würde ohne Bundestagsbeschluss weitreichende Kompetenzen auf undemokratische Mauschelrunden in Brüssel und Ottawa verlagern, eine politische Einbahnstraße hin zu immer weiterer Markt deregulierung und –liberalisierung begründen und nach dem Willen der EU-Kommission sogar den Sonderklagemechanismus für ausländische Investoren in Kraft setzten. Selbst wenn die Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten scheitert, könnten Konzerne noch drei Jahre lang Klagen gegen nationale Gesetze einreichen. All das ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar!

Deshalb klagt auch DIE LINKE Bundestagsfraktion vor dem Verfassungsgericht – nicht nur gegen die vorläufige Anwendung, sondern gegen das gesamte Abkommen. CETA steht im krassen Widerspruch zu zentralen Verfassungsgegenständen wie dem Demokratieprinzip, dem Sozialstaatsprinzip und der Festlegung auf eine gesellschaftliche Verpflichtung des Eigentums.

Im Kern handelt es sich bei der Auseinandersetzung um CETA und TTIP jedoch um einen politischen Konflikt, der durch Klagen alleine nicht zu gewinnen ist. Wenn wir diese Monsterverträge stoppen und so Demokratie, soziale Rechte, Umweltschutz und Arbeitnehmerrechte verteidigen wollen, müssen wir den politischen Druck aufrecht halten und weiter erhöhen – sowohl in den Parlamenten, wie auch auf der Straße! DIE LINKE im Bundestag wird weiterhin dafür sorgen, dass Verträge wie CETA und TTIP immer wieder in die Debatte kommen. Wir werden die Regierung immer wieder zwingen, sich öffentlich zu

positionieren. DIE LINKE wird auch weiterhin aktiv im Bündnis TTIP unfairhandelbar mitarbeiten und zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen derartige Abkommen entschlossen unterstützen!

Zurecht lehnt die Mehrheit der Bevölkerung CETA und TTIP ab! Sie dienen nicht den Menschen, sondern bedienen nur die Interessen großer Banken und Konzerne!

**DIE LINKE setzt sich gemeinsam mit ihren Bündnispartnern für internationale Handelsverträge ein, die...**

... demokratisch und unter breiter Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft ausgehandelt werden. Hinterzimmer-Gemauschel zwischen Lobbyisten und Technokraten als Politikmodus lehnen wir ab!

... Umwelt-, Daten- und Verbraucherschutz global auf hohem Niveau angleichen, statt sie auf dem Altar horrender Profitinteressen zu opfern!

... Arbeitsstandards wie die ILO-Kernarbeitsnormen international durchsetzen und Gewerkschaften stärken, statt den Druck auf Löhne, Kündigungsschutz etc. durch Wettbewerbsverschärfung weiter zu erhöhen.

... öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen, die öffentliche Daseinsvorsorge und den Handlungsspielraum der Kommunen stärken, statt immer neue Privatisierungen und Liberalisierungen zu erzwingen.

... kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote nicht als Handelshemmnisse, sondern als hohe Güter einer fortschrittlichen Gesellschaft begreifen, die ausgebaut und geschützt werden müssen.

... bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt der Gentechnik Tür und Tor zu öffnen und das industrielle Agrobusiness zu bevorteilen.

... die Macht der Großbanken beschränken und den Lobbyismus zurückdrängen! Der Finanzsektor braucht strenge, internationale Regeln statt weiterer Deregulierung!

**Wir wollen die EU-Handelspolitik vom Kopf auf die Füße stellen! Stopp TTIP! Stopp CETA! Für einen solidarischen Welthandel!**

## R02

Resolution Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte

# Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte müssen drin sein!

Das reichste Hundertstel der deutschen Gesellschaft besitzt inzwischen fast die Hälfte des gesamten Vermögens. Die untere Hälfte der Gesellschaft besitzt fast nichts. Immer weniger Menschen können von ihrer Arbeit oder ihrer Rente auskömmlich leben. Sogar Vollzeitarbeit zum gegenwärtigen Mindestlohn macht arm und führt nach 45 Rentenbeitragsjahren in die Altersarmut. Die Mieten in vielen Städten explodieren und immer mehr Menschen haben Jobs im Niedriglohnssektor. Kein Wunder, dass sich so soziale Ängste ausbreiten.

Menschenfeindlichkeit, Hetze gegen Andersdenkende und das Schüren von Ängsten sind für uns jedoch keine Option. Wer gegen Flüchtlinge Stimmung macht, spaltet die Gesellschaft und gefährdet den sozialen Frieden. Die Bundesrepublik hat kein Flüchtlingsproblem, sondern ein Gerechtigkeitsproblem: Nicht die Geflüchteten sind schuld, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, prekäre Beschäftigung zunimmt, Renten keine Absicherung im Alter mehr bieten, der Pflegenotstand wächst, Mieten und Energie unbezahlbar werden und immer mehr Menschen in einem der reichsten Länder der Erde in Existenzangst leben. Schuld ist die neoliberale Kahlschlagpolitik sämtlicher Bundesregierungen der letzten 20 Jahren. Dies konsequent deutlich zu machen, ist ein Schwerpunkt des Landesverbandes DIE LINKE.Rheinland-Pfalz.

DIE LINKE tritt dem Versuch, Schwache gegen noch Schwächere aufzuhetzen, entschieden entgegen: Die Konkurrenz zwischen Arbeitssuchenden, Geringverdienern oder Sozialleistungsbeziehenden um Arbeitsplätze, bezahlbare Wohnungen und staatliche Transferleistungen ist ein Täuschungsmanöver. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Deutschen und Geflüchteten, nicht zwischen drinnen und draußen, sondern zwischen Oben und Unten! Mit dieser Botschaft ziehen wir in den Wahlkampf und sagen zugleich den Rattenfängern am rechten Rand den Kampf an. Die AfD ist ein Produkt neoliberaler Politik und keine Protestpartei. Sie wird dominiert von Wirtschaftslobbyisten und will die gesetzliche Arbeitslosenversicherung und die Erbschaftsteuer abschaffen sowie die Steuern für Reiche und Besserverdienende weiter absenken. Das Rentenniveau soll nach dem Willen AfD weiter gekürzt werden und Arbeitssuchende Gegenleistungen für steuerfinanzierte Transferleistungen erbringen. Die AfD will eine Politik gegen weite Teile der Bevölkerung und kaschiert dies mit nationalistischer Propaganda.

**DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Menschenrechte. Wir werden uns weiterhin entschieden dafür einsetzen, dass...**

... man vom Lohn der Arbeit auskömmlich leben kann und dass Arbeitslosigkeit nicht zu sozialem Absturz führt. Daher sind 10 Euro Mindestlohn und eine rasche Anhebung auf 12 Euro, eine Mindestsicherung von 1.050 Euro statt Hartz IV und effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Dauerbefristungen, Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen nötig.

... in gute Arbeitsplätze und nachhaltige Wirtschaftszweige investiert wird. Wir fordern ein umfassendes, öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm, ausgerichtet auf Energiewende, sozialen Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit, Digitalisierung und öffentliche Infrastruktur.



... die gesetzliche Sozialversicherung wiederhergestellt wird. Rentenansprüche aus einer normalen Erwerbsbiographie müssen den Lebensstandard im Alter sichern und insbesondere Altersarmut verhindern. Die öffentliche Förderung der Riesterreute muss beendet und stattdessen das gesetzliche Rentenniveau wieder auf 53% angehoben werden. Zur Stärkung der Sozialversicherung gehört auch die Schaffung einer solidarischen Pflegeversicherung und einer Krankenversicherung für alle. Wir wollen eine paritätisch finanzierte solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen.

... allen Kindern in unserer Gesellschaft Zukunft gegeben, statt verstellt wird. Die wachsende Kinderarmut muss endlich mit wirksamen Programmen bekämpft werden. Insbesondere Alleinerziehende müssen in ihrem Alltag und bei ihrer Erwerbsarbeit gefördert und unterstützt werden.

... Wohnung und Energie bezahlbar für alle werden. Dafür brauchen wir bundesweit und flächendeckend eine deutliche Steigerung des sozialen Wohnungsbaus, eine Mietpreisbremse, die diesen Namen verdient und eine gesetzliche Regulierung des Energiemarktes nach dem Prinzip des Allgemeinwohls. Wohnraumspekulation, profitorientierte Luxussanierungen und künstliche Wohnraumverknappungen müssen gesetzlich unterbunden werden.

... der gigantische und in wenigen Händen konzentrierte Reichtum zum Wohle der Allgemeinheit und für die Finanzierung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben herangezogen wird. Daher fordern wir eine Millionärssteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine Stärkung der Erbschaftssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, die ihren Namen verdient und einen entschiedenen Kampf gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung.

... Deutschland zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehrt und endlich Fluchtursachen wirklich bekämpft statt neue Fluchtgründe zu schaffen. Das bedeutet: deutsche Waffenexporte verbieten, keine Verlegung deutscher Soldaten an die russische Grenze, alle Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Unterstützung von Interventionskriegen stoppen. Rüstungsausgaben müssen gesenkt, anstatt, wie von Merkel verlangt, nahezu verdoppelt werden.

... Demokratie und Bürgerrechte gestärkt werden. Nicht Videoüberwachung und Vorratsdatenspeicherung schaffen mehr öffentliche Sicherheit, sondern mehr und gut ausgebildetes und ausgestattetes Personal bei der Polizei und im Öffentlichen Dienst. Die Grundlage für eine gute und gelingende Integration sowie gesellschaftlichen Frieden ist die Teilhabe aller hier lebenden Menschen am gesellschaftlichen Wohlstand.

... Europa sozial und demokratisch neu gestartet wird! Statt Troika-Diktaten, gigantischer Bankenrettungsaktionen und anti-sozialer Abkommen wie TTIP und CETA brauchen wir europaweite EZB-finanzierte Investitionen, starke soziale Mindeststandards und eine umfassende Demokratisierung aller EU-Institutionen.

Bei alledem gilt. Ohne Frieden ist alles nichts! Wir werden uns daher vor allem in Rheinland-Pfalz dafür engagieren und die Bundesregierung auffordern, dem kriegerischen Treiben der USA ein Ende zu bereiten. Über Ramstein koordinierte Drohnenmorde akzeptieren wir ebenso wenig, wie die Lagerung hochmoderner Atomwaffen in Büchel. Von deutschem Boden darf kein Krieg mehr ausgehen!

**Das muss drin sein: Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte!**

# R03

## Resolution Frieden organisieren Frieden organisieren – nicht Krieg!

Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges sind in der Eifel noch immer 20 sogenannte taktische Atomwaffen stationiert. Trotz des jahrzehntelangen Widerstands der Bevölkerung und eines breiten Bündnisses zahlreicher Organisationen, trotz der Beschlüsse des Landtags und des Bundestags, diese Waffen endlich abzuziehen und zu vernichten.

Stattdessen planen die USA ausweislich öffentlich einsehbarer Haushaltsaufstellungen die „Modernisierung“ dieser Waffen: Modernisierung heißt mehr Sprengkraft und höhere Zielgenauigkeit.

### **DIE LINKE fordert stattdessen den sofortigen Abzug aller Atomwaffen aus der Eifel und ihre sichere Vernichtung.**

Wir stellen uns gegen die sogenannte Atomare Teilhabe. Nach dieser NATO-Doktrin üben Piloten der Bundeswehr mit Bundeswehr-Tornados über weiten Gebieten Westdeutschlands, Belgiens und Frankreich den Abwurf dieser massenmörderischen Waffen. Dies ist nur dank einer massiven Verbiegung des Grundgesetzes und internationaler Verträge möglich, nach denen Deutschland keine Atomwaffen besitzen darf. Es passt deshalb ins Bild, dass die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen jüngst gegen ein Verbot atomarer Waffen gestimmt hat – denn andernfalls wäre auch das Üben des Atomwaffeneinsatzes durch deutsche Piloten nach internationalem Recht verboten und damit in Deutschland illegal. Wir wollen nicht, dass Kriege führbar werden und dass der Einsatz dabei vorgesehener Waffen geübt wird – wir wollen, dass Frieden organisiert wird!

**DIE LINKE unterstützt deswegen die Bemühungen, Atomwaffen auch international zu ächten und fordert die Bundesregierung auf, sich in internationalen Gremien entsprechend zu verhalten.** Dabei kann es nicht darum gehen, dass erst alle Atomwaffenmächte zustimmen: Auch beim Verbot von Landminen, Streumunition oder Chemie- und Biowaffen ist die Bundesregierung solchen Vereinbarungen beigetreten, ohne darauf zu warten, dass alle Besitzer solcher Waffen zustimmen. Dies ist auch in der Frage der Atomwaffen ein sinnvoller Weg.

Gerade vor dem Hintergrund des jüngsten Zwischenfalls zwischen russischen und NATO-Flugzeugen über dem Schwarzen Meer ist offensichtlich, dass Atomwaffen keine Sicherheit bringen, sondern eine fortwährende Bedrohung für das Leben von Millionen Menschen und im Falle Büchels für die Bewohnbarkeit Europas sind. Sie müssen deshalb schnellstmöglich entschärft, abgezogen und sicher vernichtet werden.

**DIE LINKE.RLP fordert deshalb die rot-gelb-grüne Landesregierung und die CDU-SPD-Bundesregierung auf, den Beschlüssen ihrer jeweiligen Parlamente endlich Geltung zu verschaffen und die USA zum Abzug und der Vernichtung dieser Waffen zu bewegen.**

# R04

## Resolution Doppelspitze zur Bundestagswahl

Wir empfehlen der Bundespartei zwei Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl

Wir schlagen dafür Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor.

# Weitere Kandidaturen

## Kandidatur für die Landesliste DIE LINKE. RLP zur Bundestagswahl 2017

### Listenplatz 1



Marion Morassi

- Kreissprecherin DIE LINKE. KV Ahrweiler
- Jahrgang 1963, ein erwachsener Sohn
- Reiseverkehrskauffrau, selbstständig

Liebe Genossinnen und Genossen,

momentan versucht man, allen voran die SPD mit Sigmar Gabriel, durch die Hintertür nun mit der Zustimmung zum Freihandelsabkommen CETA auch TTIP unbemerkt zu installieren. Gerade am Tag der Listenaufstellung, am 17. September, finden in diversen Städten wie Köln und Frankfurt Großdemonstrationen gegen diese beiden Freihandelsabkommen statt. Ich wäre gerne dabei, um unsere Genossinnen und Genossen zu unterstützen. Auch mein Kreisverband mobilisiert nach Köln. Ich wurde aber als Delegierte für diese Listenaufstellung gewählt und werde daher meiner Aufgabe natürlich nachkommen.

DIE LINKE. als bisher stärkste Oppositionspartei im Bundestag wird diese Position wohl in 2017 an die AfD abgeben müssen, es sei denn, sie wird selbst Teil der neuen Bundesregierung. Wer mich als Mitglied der Antikapitalistischen Linken kennt, weiß, was ich von rot-rosa-grünen Träumereien halte. Rosa Luxemburg sagte damals schon in diesem Zusammenhang: „Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden!“

Nur wer sich klar zu seinen Positionen bekennt und auch klar zu seiner Oppositionsrolle steht, kann Menschen für sich gewinnen, wie wir schmerzlich an den Ergebnissen der rechtspopulistischen AfD in Mecklenburg-Vorpommern erkennen mussten, die einen reinen Oppositionswahlkampf geführt hatte! Ich stehe für klare Kante, klare Aussagen, klare Positionen! Ich stehe nicht für aufgeweichte, rote Haltelinien. Ich bin entschieden dagegen, dass wir Bundeswehrsoldaten in andere Länder entsenden, dass Deutschland Mitglied der NATO ist. Ich mache keine Politik "für" die Menschen, sondern "mit" den Menschen.

Durch meine Arbeit in der Flüchtlingsarbeit vor Ort weiß ich: wer aktiv mit den angekommenen Menschen arbeitet, zu ihnen Kontakt hält, kann auch ohne Angst aufklären und unbegründeten Vorurteilen Paroli bieten. Den Menschen die Angst nehmen und Solidarität einfordern: dass ist mein Ziel für die Bundestagswahl!

Schaffung von preiswertem, bezahlbarem Wohnraum für alle durch eine Neuaufgabe des geförderten sozialen Wohnungsbaus, armutsfesten Erwerbsarbeitsplätzen, eine solidarische Versicherung für alle und die Integration der angekommenen Menschen, das sind die Aufgaben, denen wir als LINKE uns in nächster Zeit stellen müssen, ohne die Ängste der Menschen zu ignorieren. Das heißt aber nicht, auf rechtspopulistische Züge aufzuspringen, sondern das geht nur durch Aufklärung und Überzeugungsarbeit.

Ich bin seit 2009 in der Partei und sehe immer mehr die Gefahr, dass DIE LINKE. von ihren selbstgesteckten roten Haltelinien abweicht, sich kaum noch von den etablierten Parteien abhebt und ihre Forderungen in der Gesellschaft nicht mehr deutlich ankommen. Die Personen, die für die Parteien im Bundestag sind, haben oft den Bezug zur Basis bereits verloren oder waren nie Teil von ihr. Ich selbst vertrete DIE LINKE. kommunal im Kreistag und kenne die Probleme vor Ort aus eigener Erfahrung. Diese möchte ich mit meiner Kandidatur auf Platz 1 in den nächsten Bundestag einbringen und bitte um eure Unterstützung.

Mein politischer Werdegang:

- Mitglied in der Partei DIE LINKE. seit Januar 2009
- Kreissprecherin DIE LINKE. Ahrweiler seit Mai 2010
- Sprecherin der LAG LISA RLP
- Sprecherin und Gründungsmitglied der LAG AKL RLP und Delegierte im AKL Länderrat
- Sprecherin und Gründungsmitglied der LAG Ökologische Plattform RLP
- Delegierte zum Bundesparteitag
- Mitglied im Kreistag Ahrweiler für DIE LINKE. seit 2014

Mein Wirken in außerparlamentarischen Bewegungen:

- Kreisvorsitzende des DGB-Kreisverbands Ahrweiler (Vertreterin für Ver.di)
- Medienverantwortliche Sprecherin der ATTAC Regionalgruppe Ahrweiler
- 2. Vorsitzende im Flüchtlingsnetzwerk Bad Neuenahr-Ahrweiler e.V.
- Mitglied im Bündnis Remagen für Frieden und Demokratie
- Mitglied in der Deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK und Ansprechpartnerin für den Bereich Rhein-Ahr-Eifel

Meine politischen Schwerpunkte liegen in den folgenden Politikfeldern (die Reihenfolge ist ungewichtet zu verstehen):

Soziales, Ökologie, Feminismus, Bündnisarbeit mit Gewerkschaften und NGO's, Antifaschismus und Antirassismus.

Für weitere Informationen könnt ihr gerne meine Internetseiten besuchen oder mir eine Mail senden:

- [www.marion-morassi.de](http://www.marion-morassi.de)
- <https://www.facebook.com/Morassi.Marion>
- [marion.morassi@die-linke-ahrweiler.de](mailto:marion.morassi@die-linke-ahrweiler.de)

## Kandidatur für die Landesliste DIE LINKE.RLP zur Bundestagswahl 2017 Listenplatz 6



Jasper Proske  
Kreisverband Mainz

Liebe Genossinnen und Genossen,

die nächste Bundestagswahl steht vor der Tür, und für uns LINKE könnte der Einsatz kaum höher sein. Wir haben in den letzten Monaten eine Reihe schmerzhafter Niederlagen erlebt und kämpfen gegen eine sehr gefährliche, menschenfeindliche Stimmung an, die unsere Botschaft von Solidarität und Gerechtigkeit viel zu oft übertönt. Eine Bundestagswahl bietet allerdings eine gute Gelegenheit, unsere Themen wieder ins Gespräch zu bringen und ein wichtiges Zeichen zu setzen. Dafür möchte ich mich einsetzen und bewerbe mich hiermit um Platz 6 auf der Landesliste der LINKEN.RheinlandPfalz.

Kurz zu meiner Person: Ich bin 27 Jahre alt, gelernter Industriekaufmann und seit 2012 Mitglied der Partei DIE LINKE im Kreisverband Mainz. Seit 2014 vertrete ich die Partei im Mainzer Stadtrat als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Ich habe vor Ort insgesamt drei Wahlkämpfe mitgemacht, davon zwei als Kandidat, und kenne inzwischen sowohl die örtlichen politischen Verhältnisse als auch die linke Szene sehr gut. Als Kandidat werde ich wie immer den maximalen Einsatz bringen, um unser Potenzial in Mainz und Umgebung auszuschöpfen und wenn möglich zu steigern, denn ich weiß, wie wichtig ein Erfolg für die Partei ist. In Mainz haben wir bei der letzten Bundestagswahl 6 % erreicht, und ich werde alles daransetzen, dieses Ergebnis zu übertreffen, damit wir einen starken Beitrag zum Gesamtergebnis der Partei leisten.

Thematisch muss man bei einer Bundestagswahl sehr flexibel sein. Es ist schwierig abzusehen, welches Thema dominieren wird aber für DIE LINKE ist es wichtig, auf mehreren Fronten in die Offensive zu gehen. Meine eigenen Schwerpunkte sind die Forderung nach einer pazifistischen, antiimperialistischen Außenpolitik (unser vielleicht wichtigstes Alleinstellungsmerkmal) sowie eine umverteilerische Finanzpolitik und unseren Forderungen nach einer Gesellschaft, die *niemanden* zurücklässt.

Auch die Flüchtlingspolitik wird maßgeblich von Sozial und Verteilungspolitischen Fragen entschieden werden, denn in einer ungerechten Gesellschaft sind die Leute auch zu weniger Solidarität bereit, und Kommunen ohne Geld können am Ende Niemand adequat Versorgen. Gleichzeitig müssen wir in dieser Thematik weiter laut und deutlich unsere konsequente humanistische Haltung vertreten und uns mit aller Kraft gegen das immer schwierigere gesellschaftliche Klima stellen! Von Bedeutung wird aber auch weiterhin der Kampf für eine umweltpolitische Wende und gegen die neuen Freihandelsabkommen sein. Wir dürfen uns auch

nicht zu sehr von der Stimmungsmache der anderen Parteien oder der Presse beeinflussen lassen. Meiner Erfahrung nach finden gerade unsere kontroverseren Positionen oft Zustimmung bis weit ins bürgerliche Lager, und es ist wichtig, diese weiterhin konsequent zu vertreten. Das gilt für Themen wie Freihandel, aber auch für die Außenpolitik, wo sich die Bundesregierung in den letzten Jahren gerade mit ihrer Unterstützung für das Regime in Ankara völlig diskreditiert hat. Insgesamt dürfen wir nicht den Fehler machen zu versuchen, im großen Parteienblock mitzuschwimmen, denn dort können wir nur untergehen. Wir sind zwar theoretisch Teil eines antifaschistischen Lagers, dürfen dem aber keineswegs unsere Inhalte opfern. Wir müssen weiter deutlich machen, dass wir für eine andere, bessere Welt stehen, dass wir an diese Welt glauben und auch bereit sind, sie zu erkämpfen. Nur wenn wir das vermitteln können, werden wir als Alternative zum immer schlechteren Istzustand begriffen und erhalten je die Gelegenheit, wirklich etwas zu ändern. Dieser Weg ist kein einfacher, aber er ist der einzige, der nicht in die Sackgasse führt.

Die Zeichen für die Bundestagswahl stehen durchaus nicht schlecht. Ich glaube die Kommunalwahlen in Hessen (und auch ein Stückweit in Niedersachsen) haben gezeigt, wie wir trotz der schwierigen Lage erfolgreich als Opposition agieren und Wahlen gewinnen können. Mit etwas Glück könnten wir nächstes Jahr die AfD und andere Kleinparteien schlagen, und vielleicht wieder über 10% kommen. Damit würden wir ein wichtiges Zeichen setzen und uns wieder ein Stück weit Gehör verschaffen, ein wichtiger Schritt wenn es darum geht, den Menschen ein umfassendes politisches Angebot zu machen. Um dies zu schaffen muss die Partei aber auch in der Lage sein, ihr Potential in den westdeutschen Städten ausschöpfen, wo unsere Anhängerschaft seit einigen Jahren nach Aufwärts tendiert, und wo wir oft weniger mit rechten Stimmungen zu kämpfen haben. Als Kommunalpolitiker in der größten Stadt von RheinlandPfalz sehe ich mich als geeignet an, unsere Liste in dieser Hinsicht gut zu ergänzen. In diesem Sinne erhoffe ich mir einen starken Wahlkampf im Land und bitte um eure Stimme.

Mit solidarischen Grüßen  
Jasper Proske